Marcel Berlinghoff

Die Anwerbe- und Einwanderungsstopps der 1970er Jahre als Europäisierung der Migrationspolitik in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz.

Die stark ansteigende internationale Arbeitsmigration der 1950er und 60er Jahre ließ Westeuropa endgültig zu einer Einwanderungsregion werden. Dabei unterschieden sich die nationalen Migrationsregime trotz Ähnlichkeiten, etwa der Anwerberegelungen aufgrund ihrer jeweiligen historischen Wanderungsmuster und des vorherrschenden Selbstverständnis als (Nicht-)Einwanderungsland, sehr voneinander. Zu Beginn der 1970er Jahre erließen jedoch alle westeuropäischen Staaten implizit oder explizit Anwerbe- und Einwanderungsstopps, die der legalen Arbeitsmigration aus Drittstaaten vorerst einen Riegel vorschoben. Hiervon waren neben den bisherigen Anwerbestaaten vor allem ehemalige Kolonien betroffen.

Am Beispiel der drei zu dieser Zeit wichtigsten Einwanderungsländer Europas, nämlich Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, zeichnet die Dissertation im Sinne einer *histoire croisée* die bi- und multilateralen Kommunikationswege nach und analysiert den Einfluss, den die Europäisierung von Problemwahrnehmung und Lösungsversuchen auf die Diskussionen im nationalen Rahmen hatte.

Dabei zeigt sich deutlich, dass die Anwerbe- und Einwanderungsstopps der frühen 1970er Jahre nicht allein in ihrem jeweiligen nationalen Entstehungszusammenhang sondern nur in ihrem europäischen Kontext verstanden werden können. Nicht die im Rückblick häufig als Ausgangspunkt markierte Ölpreiskrise von 1973, sondern der inter- und transnationale Austausch über das vermeintliche „Problem der ausländischen Arbeitnehmer“ führte zu dem grundlegenden Wandel des europäischen Migrationsregimes, der das Ende der „Gastarbeiter-Ära“ bedeutete.